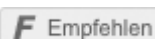


04. März 2012 14:52 Uhr

NEUER MINISTERPRÄSIDENT?

CSU entwickelt Ude-Allergie

Christian Ude entwickelt sich immer mehr zum Feindbild für die CSU. Für sie ist Christian Ude, der Ministerpräsident werdenwill, der Böse. Folgein der CSU: Eine Ude-Allergie.

 F Empfehlen

 Tweet

 +1



Bayerns SPD-Spitzenkandidat Christian Ude.

Foto: dpa

Lange Jahre herrschte Burgfriede zwischen schwarzer Staatsregierung und rot-grünem München. Der Münchner Oberbürgermeister Christian Ude schien sein SPD-Parteibuch vergessen zu haben, die Staatsregierung ließ ihn in Ruhe. Diese schönen Zeiten sind vorbei. Seit Ude im vergangenen Herbst seine Kandidatur ankündigte, ist vom früheren Burgfrieden zwischen Landeshauptstadt und Staatsregierung nichts mehr zu spüren - und zwar auf beiden Seiten. Das Klima hat

sich rapide verschlechtert. Den Nachteil haben keineswegs nur die Bürger der Landeshauptstadt, sondern auch die Bewohner anderer bayerischer Landstriche.

Liste mit zahlreichen Streitthemen

Finanzminister Markus Söder ist als Nürnberger und CSU-Politiker von Geburt wegen weder Anhänger Münchens noch ein Ude-Freund. Söder hat soeben ein neues Mittel entdeckt, mit dem er Ude ärgern und den Rest der bayerischen Gemeinden erfreuen kann: Die Landeshauptstadt soll im kommunalen Finanzausgleich auf ihre Schlüsselzuweisungen in Höhe von 140 Millionen Euro verzichten. Söders Argument: Die Landeshauptstadt hat als Sitz von Staatsregierung und vielen Dax-Konzernen Standortvorteile, mit denen keine andere Kommune konkurrieren kann. «München ist die reichste Stadt und profitiert von allem», sagt Söder. «Es kann nicht sein, dass aus der kommunalen Familie dann noch zusätzlich Geld nach München fließt.»

Ministerpräsident Horst Seehofer selbst betonte anschließend, er habe keine «Lex München» vorgegeben, doch der vorhersehbare Streit war bereits ausgebrochen. «Ich begrüße es, dass die CSU nach 55-jähriger Regierungszeit die Probleme strukturschwacher Kommunen entdeckt hat», spottete Ude. Eine Reform des kommunalen Finanzausgleichs würde er selbstverständlich unbefangen prüfen. «Aber bisher gibt es keinerlei Konzept der Staatsregierung, nur Parteiparolen.» Es dürfe «keine parteipolitisch motivierte Anti-München-Aktion geben».

Die Karriere des Münchner Oberbürgermeisters Christian Ude

Die Karriere von Münchens Oberbürgermeister: Bereits mit 18 Jahren trat der gebürtige Münchner Christian Ude der SPD bei.

Der kommunale Finanzausgleich ist nur das neueste Streitthema in einer länger werdenden Liste. Die drei bisherigen Reizthemen sind der geplante Verkauf von Bayerns größter Wohnungsgesellschaft GBW, der Bau eines neuen Konzertsaals in München und das derzeit größte Verkehrsprojekt in Bayern - der Bau der zweiten Münchner S-Bahn-Stammstrecke.

Staatsregierung und Ude streiten

Bei der GBW wäre es Söder und der Staatsregierung am liebsten, wenn der bisherige Eigentümer BayernLB die über 30.000 Wohnungen an ein kommunales Konsortium verkaufen würde. 10.000 GBW-Wohnungen liegen in München - die übrigen 20.000 in Nürnberg, Würzburg, Regensburg und anderen Städten. In seiner Eigenschaft als Münchner OB hat Ude Interesse bekundet - und in seiner Eigenschaft als SPD-Politiker der Staatsregierung «Erpressung» vorgeworfen. Dieses Manöver ärgert die CSU. «Hoch belastend» nennt das Finanzminister Söder. «Die Dauerkonfrontation von Stadt und Land ist der falsche Weg», kritisiert der Münchner CSU-Chef und Kultusminister Ludwig Spaenle.



Da Horst Seehofer (rechts) sich als kommissarischer Bundespräsident beim "Politischen Aschermittwoch" zurückhalten musste, feierte der frühere CSU-Chef Edmund Stoiber ein kurzes Comeback in Passau. Rund fünf Jahre nach seinem Sturz begrüßte ihn der amtierende CSU-Chef Seehofer als "Mister Aschermittwoch".

Foto: dpa

Streiten Staatsregierung und Ude, leiden darunter auch die GBW-Mieter in Unterfranken, Oberpfalz und anderswo. Ganz anders dagegen das christsoziale Urteil über den Nürnberger SPD-Oberbürgermeister Ulrich Maly, der ebenfalls ein entscheidendes Wort bei dem erhofften GBW-Deal mitredet. Seriös sei der, mit Maly könne man ernsthaft verhandeln, sagen Söder, Spaenle und andere CSU-ler.

Auf noch weit mehr Bürger Auswirkungen hat das Gezerre um den zweiten Münchner S-Bahn-Tunnel. Hauptopfer der derzeitigen Blockade sind nicht die Münchner selbst, sondern die Bewohner der umliegenden Landkreise - vor allem Pendler. Der Ausbau der Münchner S-Bahn würde darüber hinaus den gesamten

Bahn-Regionalverkehr in Oberbayern entlasten. Doch eine Einigung ist nicht in Sicht.

Ude sieht CSU-Forderungen als politisches Spiel

Zuständig für die Finanzierung des Milliardenprojekts wären Bund und Land, doch Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) fehlt das Geld. Die Staatsregierung ist deswegen in der peinlichen Lage, wegen schwarz-gelber Finanzschwäche in Berlin einen weiteren Geldgeber suchen zu müssen - Ude.



Münchens OB Christian Ude zu Gast beim SPD-Neujahrsempfang Augsburg

Foto: Annette Zoepf

Die Staatsregierung will ohnehin 900 Millionen beisteuern und hat angeboten, weitere 350 Millionen Euro vorzufinanzieren. Ude soll nun seinerseits einen städtischen Vorschuss in gleicher Höhe vorstrecken. Doch der SPD-OB lehnt bislang eisern ab, weil die Finanzierung keine kommunale Aufgabe ist. Darüber ärgert sich Seehofer. Andere deutsche Kommunen hätten in vergleichbarer Lage nicht nur einen Vorschuss gezahlt, sondern komplett mitfinanziert, sagt er. «Es ist klar, dass seit einer bestimmten Situation» - Udes Kandidatur - «eine vernünftige Zusammenarbeit mit der Landeshauptstadt immer schwieriger geworden ist.»

Doch ohne finanzielle Beteiligung der Stadt kann der S-Bahn-Tunnel nicht gebaut werden, wie Münchner CSU-Politiker auf Parteiveranstaltungen offen einräumen. Ude hingegen sieht die Forderungen der CSU offensichtlich eher als politisches Spiel. Scheitert das Projekt, könnten CSU und FDP den Schwarzen Peter an die

Stadt München weiterreichen, obwohl die Hauptverantwortung bei Union und FDP in Berlin liegt. «Überall wird gleich Taktik vermutet», kritisiert Seehofer. *dpa/lby*

[Kapitalmarktprognose 2012](#)

G d { # # F r 1 / # I X U 2 X V G / # / w d d w d q d n l k h q 1 #
P d u n w x v e d f n # d q i r u g h u q / # n r v w h q a r v \$
[z z z 1 j u x h g h u 0 i l v k h u l g h](#)


[Schuhe und Mode Online](#)

U l v h q # D x v z d k d d q # d n w x h o n g # w u h q g v 1 #
N r v w h q a r v h u # / h u v d q g # l q # 1 0 5 # w d j h q \$
[j d a g q r 1 d v](#)

Google-Anzeigen

Mehr zum Thema

[Finanzausgleich: CSU will München Zuschüsse streichen](#)

[Anschlag auf das olympische Dorf Olympia 1972 in München: "Warum habe ich ihn nicht erschossen?"](#) 

[Politischer Aschermittwoch Piraten: "Wer Twitter für Mist hält, sollte beim Fax bleiben"](#) 